

Dezernat I – Oberbürgermeister Morast		Melanchthon Stadt Bretten 	
Vorlage zur Sitzung des Gemeinderats am 29.07.2025			
Verantwortlich:	61-Stadtentwicklung und Baurecht	Vorlagennummer:	157/2025
Fraktioneller Antrag der SPD - Schaffung von „Mini Gartenschauen,, in den Stadtteilen - Entscheidung			

Beschlussantrag

1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der inhaltlichen Prüfung des Antrags durch die Verwaltung mit dem Ergebnis entsprechend der Darstellung im Sachverhalt.
2. Der Gemeinderat beschließt auf die Schaffung von „Mini Gartenschauen“ in den Stadtteilen aus den im Sachverhalt genannten Gründen zu verzichten.

Hinweis:

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Mitglieder des Gremiums, die im Sinne von § 18 GemO befangen sind, weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitwirken dürfen. Sie haben während der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes die Sitzung zu verlassen.

BESCHLUSSFOLGE						
Gremium	Behandlung	Datum	Status	Ergebnis		
				J	N	E
Gemeinderat	Entscheidung	29.07.2025	Ö			
Gemeinderat	Entscheidung	24.09.2024	Ö			

Sachdarstellung

Mit ihrem schriftlichen Antrag vom 05.06.2024 (datiert 12.12.2023) beantragte die SPD-Fraktion die Schaffung von „Mini Gartenschauen“ in den Ortsteilen, um diese bereits im Vorfeld der Gartenschau 2031 miteinzubeziehen und aktiv in die Vorbereitungen einzubinden. Über diesen formgerecht gestellten Antrag beriet der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24.09.2024. Er beauftragte die Verwaltung, den Antrag inhaltlich im Rahmen der weiteren Planungen für die Gartenschau zu prüfen und das Ergebnis dem Gemeinderat vorzulegen. Das Amt Stadtentwicklung und Baurecht, das damals federführend planend für die Gartenschau tätig war, erhielt diese Aufgabe, über deren Ergebnis nun dem Gemeinderat die Entscheidung obliegt.

Mit der Erarbeitung des Entwurfs der Rahmenplanung für die Gartenschau 2031 wurden seitens des beauftragten Landschaftsarchitekturbüros sowie des Amtes Stadtentwicklung und Baurecht bereits diverse Überlegungen angestellt, wie die Stadtteile in die Gartenschau einbezogen und beteiligt werden könnten.

Eine vertiefende Prüfung dieser Fragestellung und speziell die Planung von „Mini Gartenschauen“ für die Stadtteile wurde in den letzten Monaten jedoch nicht vorangetrieben, da sich nach der Beratung des SPD-Antrags im September 2024 hin zum Jahreswechsel 2024/2025 sowie im Frühjahr 2025 zunehmend grundsätzlich die Frage stellte, ob die Stadt Bretten den durch das Land Baden-Württemberg erhaltenen Zuschlag für die Gartenschau 2031 überhaupt annehmen könne.

Aus diversen bekannten Gründen (im Wesentlichen deutlich veränderte äußere Rahmenbedingungen – veränderte geopolitische, wirtschaftliche und finanzielle Lage - als im Jahr des Zuschlags; keine Aussage des Regierungspräsidiums Karlsruhe, ob und wann die Südwestumfahrung von Bretten kommen kann, daher geplantes innerstädtisches Verkehrskonzept nicht ganzheitlich realisierbar; hohe Kosten der Gartenschau bei gleichzeitig gesunkenen finanziellen Spielräumen der Stadt; Grunderwerbe und in Folge dessen auch Verlagerungen schwierig, Plan B für die Gartenschau mit kleinerem Gelände nicht zustimmungsfähig) beschloss der Gemeinderat nach sehr sorgfältiger Prüfung in seiner Sitzung am 27.05.2025, den Zuschlag des Landes Baden-Württemberg für die Gartenschau 2031 nicht anzunehmen.

Damit ist auch die Schaffung von „Mini Gartenschauen“ für die Stadtteile obsolet geworden.

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat daher folgerichtig, offiziell auf die Schaffung von Mini Gartenschauen für die Stadtteile zu verzichten und dem formulierten Beschlussantrag zu folgen.

Abschließend weist die Verwaltung darauf hin, dass für alle Stadtteile in den kommenden Jahren die Erstellung von Stadtteilentwicklungskonzepten vorgesehen ist. Diese können einen Rahmen bieten, in dem auch über Grün- und Freibereiche und deren mögliche Ausgestaltung diskutiert werden kann.

gez.
Morast
Oberbürgermeister

Anlagen:

- 01_Fraktioneller Antrag der SPD für „Mini Gartenschauen“ in den Ortsteilen
- 02_GR-Vorlage 143/2024_SPD_Schaffung von „Mini Gartenschauen“ in den Stadtteilen